

Türkische Gemeinde Baden-Württemberg

Beratungsstelle gegen rechte Gewalt vorgestellt

Von red/dpa 02. März 2016 - 15:48 Uhr

Opfer rechter Gewalt sollen besser unterstützt werden. Dazu betreibt die Türkische Gemeinde das Landesprojekt „Leuchtlinie“. Es soll Betroffenen im ganzen Südwesten helfen.



Die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg betreibt das Landesprojekt „Leuchtlinie“ gegen rechte Gewalt. Foto: dpa

Stuttgart – Mit einer neuen Beratungsstelle will das Land seine Hilfe gegen rechte Gewalt verbessern. Ziel sei es, bis zum Ende des Jahres in jedem Stadt- und Landkreis einen Berater zu haben, sagte der Leiter der sogenannten „Leuchtlinie“, Heval Demirdögen, am Mittwoch in Stuttgart bei der Vorstellung des Projekts. Die Türkische Gemeinde in Baden-Württemberg (TGBW) ist Träger der Einrichtung, die im vergangenen Jahr vom Land ausgeschrieben worden war. „Menschen sind betroffen von rechter Gewalt. Da müssen wir nicht nur die Mordserie des NSU nennen“, sagte Demirdögen.

Für die türkische, aber auch andere Gemeinden mit Migrationshintergrund sei es ein wichtiges Signal, dass die Beratungsstelle von der TGBW betrieben werde, sagte Demirdögen. „Es gibt das Gefühl der Sicherheit wieder zurück“. Auch würde so das Vertrauen darin steigen, dass der Staat Probleme aufarbeiten und lösen möchte.

Auch wegen Übergriffen auf Flüchtlinge nimmt laut der Türkischen Gemeinde rechte Gewalt im Land zu. „Wir beobachten das mit großer Sorge“, sagte der TGBW-Landesvorsitzende Gökyay Sofuoglu. Nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität steige. „Nicht nur Häuser brennen, sondern Menschen bejubeln das“, kritisierte Sofuoglu.

Beratungsstelle erhält vom Land ein Budget von 250 000 Euro

Ihn besorge außerdem, dass Teile der rechtspopulistischen Partei Alternative für Deutschland (AfD) solche Vorfälle legitimieren würden. „Wenn die AfD im Landtag vertreten wird, dann wird dieses Politikum noch stärker“, sagte Sofuoglu.

Die Beratungsstelle mit Sitz in Stuttgart hat für das laufende Jahr vom Land ein Budget von 250 000 Euro erhalten. Um die Arbeit aufzunehmen, gab es ab Oktober des vergangenen Jahres 150 000 Euro. Ob die Finanzierung 2017 weiter geht, ist offen.

Die „Leuchttlinie“ will nach eigenen Angaben vor allem bereits bestehende Beratungsangebote im Südwesten koordinieren und fachlich unterstützen, zum Beispiel durch Fortbildungen. Rund zwei Monate nach ihrem Start sei die Einrichtung mit Beratern in rund einem Viertel der Stadt- und Landkreise vernetzt.

Unter einer Hotline berät sie aber auch direkt. Zum Beispiel, wie Betroffene Anzeige erstatten können und wo sie juristische Hilfe finden, hieß es. Die Angebote sind kostenlos.